

SPIEGEL *Titel*

„Auch hier heißen Sie Willy!“

Im Ausland, das hat Willy Brandt gerade erst wieder in Moskau erfahren, genießt der Ex-Kanzler und Friedensnobelpreisträger noch immer hohes Ansehen. Kritiker in

Bonn sehen den Makler ohne Mandat weniger gern auf Weltreise: Sie befürchten, die Auftritte Brandts könnten draußen wie daheim zu große Erwartungen wecken.

Ein- und fünfzig Minuten lang waren die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, Willy Brandt und Leonid Iljitsch Breschnew auf Tour d'horizon. Dann, am vorletzten Donnerstag im Kreml, um 14.30 Uhr, geschah Wunderliches. Der Generalsekretär bedeutete seinem Gast, er wolle mit ihm ohne einen deutschen Zeugen reden.

AA-Dolmetscher und Protokollführer Andreas Weiß verließ das Breschnew-Büro im Dienstgebäude des Ministerrats der UdSSR. Zurück blieb außer den beiden Parteichefs nur noch Sowjet-Dolmetscher Nikolai Murawjow. Breschnew kam aufs Thema: den Fall Guillaume.

Brandt erlebte einen Gastgeber, der — wenn auch verklausuliert — seinen Unmut über den Verrat des Günter Guillaume ausdrückte, jenes Mannes, der, vom Bruderstaat DDR auf Brandt angesetzt, den Entspannungs-Kanzler gestürzt hatte. Mehr noch, der SPD-Chef registrierte ein unüberhörbares Mißfallen Breschnews auch über denjenigen, der für den Spionagefall verantwortlich war: Erich Honecker, Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei der DDR. Brandts Eindruck: Es könne keinen Zweifel mehr geben, daß Breschnew von den Machenschaften des Superspions im Vorzimmer des Kanzlers keine Ahnung gehabt hatte.

Der Deutsche seinerseits machte dem Russen deutlich, er hätte angesichts des Spionage-Skandals weit folgenreichere Konsequenzen ziehen und

Kreml-Besucher Brandt, Gastgeber
Gespräch über Guillaume





Mit Mexikos Staatspräsident Echeverria in Mexico City

die Ost-West-Verständigung torpedieren können. Doch nach reiflicher Überlegung habe sein Verstand ihm die Lösung geboten, die er schließlich wählte: den Rücktritt.

Unumwunden bedauerte Breschnew die persönlichen Konsequenzen für Brandt. Doch er begrüßte, daß der gestürzte Kanzler dennoch der Entspannungspolitik, für beide eine Herzensache, weiter treu geblieben sei. Der Russe deutete an, auch in anderen Dingen ärgere er sich über den DDR-Genossen Honecker.

Der SED-Chef und sein Gehilfe vermochten die beiden Unterhändler nicht vom Kurs abzubringen. Makler Brandt, als Parteichef ohne Regierungsamt und offiziellen Auftrag, war nach Moskau gefahren, um abzutasten, wie es um den Fortgang der Politik bestellt ist, die von ihm und Breschnew vor fünf Jahren mit dem Pakt zwischen Bundesrepublik und Sowjet-Union begründet worden war. Das Ergebnis der Brandt-Recherche: „Die Großwetterlage ist so, daß der Entspannungsprozeß sich fortsetzt.“ Eine weitere Brandt-Erkenntnis: Auch Partner Breschnew, seit einem Jahr unter Beschuß von Entspannungsgegnern im Kreml, habe nun wieder „die Dinge fest in der Hand“.

Leonid Breschnew seinerseits ließ den Sozialdemokraten mit ausgesuchten Artigkeiten spüren, für wie wichtig er den Mann hält, der durch persönliche Überzeugung wie politisches Gewicht den Verständigungskurs nicht nur in Bonn repräsentiert.

Wo immer Brandt auf seiner 10 000-Kilometer-Rundreise durchs russische Reich erschien — ob in der Hauptstadt Moskau oder im weltoffenen Leninograd, ob im tristen Nowosibirsk oder im märchenhaften Samarkand —, überall wurde der Sozialdemokrat aus Deutschland als ein Symbol deutsch-



Mit US-Präsident Ford in Washington



Mit Jugoslawiens Staatspräsident Tito in Belgrad

Polit-Reisender Brandt, Gesprächspartner: „Die SPD ist die größte sozialdemokratische

sowjetischer Freundschaft gefeiert. Die Partei-Agitation lief auf vollen Touren — kein Zeitungsartikel, keine Rede eines lokalen Funktionärs, kein Fernsehkommentar verzichtete auf Erwähnung des Friedensbringers Willy Brandt, des heute populärsten Deutschen im Sowjet-Staat.

Willy Brandt, wieder ganz in seinem Element, der Außenpolitik, redete mit dem Kreml-Herrn über Berlin und Portugal, über Zypern und den Nahen Osten, über den deutsch-sowjetischen Handel wie über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Der Gast aus der Bundesrepublik bedauerte die Streitigkeiten, die sich im Frühjahr um West-Berlin ergeben hatten, ließ dabei aber erkennen, daß nach seiner Ansicht an der „unfruchtbaren Polemik“ um Berlin auch die eigene Regierung nicht immer ganz schuldlos gewesen sei.

Breschnew revanchierte sich und versprach Brandt, daß bei den bisher wegen des Streits um eine Berlin-Klausel noch nicht unterzeichneten Verträgen bald mit Lösungen zu rechnen sei. Womöglich könne er Kanzler Schmidt

schon beim KSZE-Gipfel in Helsinki Ende Juli akzeptable Formeln liefern.

Brandt verteidigte die Sache seines portugiesischen Genossen Soares, der von Breschnews portugiesischem Genossen Cunhal um seinen triumphalen Wahlsieg vom April gebracht wird. Der SPD-Führer warnte den KP-Chef vor einer massiven anti-kommunistischen Welle in der Bundesrepublik, wenn Länder wie Portugal an die Kommunisten fielen.

Der Russe ließ erkennen, daß auch er Gefahren sieht, und gelobte, sich in Portugals innere Angelegenheiten nicht einzumischen. Er distanzierte sich sogar politisch ein wenig von Portugals KP-Chef, bekundete aber zugleich persönliche Sympathie für den Haudegen: „Das ist so ein Mann...“, meinte Breschnew und hob dabei demonstrativ die Faust.

Blieb das Gespräch über Berlin und Portugal eher im Unverbindlichen, so hatte Brandt bei vergleichsweise unbedeutenderen Gesprächspunkten sichtbare Erfolge. Breschnew machte Zusagen, als Brandt ihn auf die vielen deutschen Sowjet-Bürger hinwies, die in die



Mit Venezuelas Staatspräsident Pérez (2. v. l.) in Caracas



Mit Griechenlands Premier Karamanlis in Athen



Mit Portugals Sozialisten-Chef Soares in Lissabon

Partei der Welt, ich bin Vorsitzender dieser Partei, ich kann nicht hier sitzen und Däumchen drehen"

Bundesrepublik aussiedeln wollen. Und Moskaus Oberbürgermeister Wladimir Promyslow versprach dem Gast, daß die Verwaltung der Hauptstadt dem Neubau einer deutschen Schule nichts mehr in den Weg stellen werde.

Auch in dem, was der SPD-Vorsitzende gern „das Atmosphärische“ nennt, war der Erfolg unüberschbar: Die beiden von Widersachern im eigenen Lager angefochtenen Entspannungspartner Brandt und Breschnew konnten sich gegenseitig Hilfestellung leisten: Im jeweils eigenen Haus muß man mit ihnen wieder rechnen, mit ihrer Politik — und mit ihrer Position.

Willy Brandt macht wieder Politik — durchaus zum Vergnügen der Rechten daheim, die sich vergangene Woche wie ehemals über den Kreml-Touristen hermachten. „Volksdemokratisches Gipfeltreffen“ nannte der „Rheinische Merkur“ den Moskauer Dialog. Der CSU-Funktionär Paul Röhrner redete von „Geheimgesprächen hinter dem Rücken des deutschen Volkes“, und der christkonservative Heinrich Windelen war sich gar schon sicher, daß Breschnew in Brandt „den möglichen Part-

ner eines erwünschten westeuropäischen Volksfrontbündnisses sieht“.

Dem Angegriffenen, scheint es, macht die Scheffe nichts aus — im Gegenteil: Der Mann, der vor einem Jahr noch als passé galt, ist wieder wer. Er hat sich aus seiner Guillaume-Depression aufgerappelt und arbeitet an seinem Comeback. Als Betätigungsfeld hat er gewählt, was ihm schon immer am liebsten war: die Außenpolitik.

Ihm kommt dabei zugute, daß er im Ausland seine moralische Autorität als weltweit bekannter Friedensnobelpreisträger nutzen kann, die zu Hause kaum noch Punkte bringt. Zustatten kommen ihm zudem Kontakte und Erfahrungen aus seiner Regierungszeit. Selbst seine schwächste Stunde geriet ihm jenseits der deutschen Grenze zum Vorteil: In den noch im Nixon-Trauma befangenen USA wird hoch bewertet, daß sich der unverschuldet in Not geratene Brandt gleichwohl an seinen Posten nicht geklammert hat.

Seit Anfang dieses Jahres brachte sich der SPD-Vorsitzende rund um den Globus in Erinnerung: Im Oktober 1974 reiste er nach Portugal, im März

machte er Visite in Washington und stellte sich dem neuen US-Präsidenten Gerald Ford vor. Er fuhr nach Venezuela und Mexiko, im Juni reiste er nach Athen zum griechischen Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis und zu Jugoslawiens Staatschef Tito. Und anschließend ging's bis nach Sibirien und Usbekistan.

In Nowosibirsk säumten nachts um halb zwölf Tausende die Straßen, als die Wagenkolonne mit dem Deutschen einrollte. Der Sekretär des Gebietspartei-Komitees, Alferow, schmeichelte anderntags dem Rußland-Reisenden: „Willy Brandt ist bei den Werktätigen des Gebiets sehr populär. Auch hier werden Sie Willy genannt!“

Und Willy gab sich alle Mühe, dem guten Ruf gerecht zu werden. In dem sibirischen Universitätsstädtchen Akademgorodok fragte er mit leicht gezwungenem Lächeln einen Knaben, was er denn einmal werden wolle. Antwort: „Polizist.“ In Leningrad entzückte er den Oberbürgermeister mit fachmännischen Fragen über zu geringe Geldzuweisungen der Zentrale an die Kommunen. Auf dem Kolchosmarkt von Samarkand, den er nach

Sträuben der sowjetischen Betreuer inzidierte, ließ er sich einheimische Gewänder samt Krummdolch anlegen, verteilte er zum Gaudi der Usbeken eine halbe Melone und ließ sich von einer Babuschka zwei Brote reichen.

Kunstlaie Brandt wanderte, seinen Gastgebern zuliebe, zwei Stunden durch die Leningrader Eremitage — mit von Bild zu Bild deutlich abschlafendem Interesse. Nach dem Fünfkilometermarsch winkte dem Sieger ein hochherziges Präsent dieser reichsten Gemälde- und Preziosen-Sammlung

der Welt: eine Anstecknadel. Ratlos betrachtete Brandt minutenlang das Ding aus Blech und steckte es schließlich in die Tasche.

Meist aber fand er das passende Wort. Den sibirischen Akademikern gefiel er mit dem Bekenntnis: „Ich bin nach Sibirien gekommen, weil ich das Gefühl habe, daß diesem Land die Zukunft gehört.“ Und nach dem Besuch des Leningrader Piskarjowskoje-Friedhofs, auf dem 600 000 Opfer der deutschen Blockade zwischen 1941 und 1944 begraben liegen, sagte er, der An-

tifaschist, den Russen: „Jetzt begreife ich, warum die Einwohner von Leningrad nicht vergessen, warum sie nicht vergessen können.“

Immer noch, das vor allem machte die Sowjet-Reise deutlich, versteht Willy Brandt die Aussöhnung mit dem Osten, die Entspannung, als seine ganz persönliche Aufgabe, für die er sich auch heute noch voll engagieren muß.

Sein Einsatz erscheint ihm nicht zuletzt angesichts der politischen Lage in Bonn dringend geboten. Unverkennbar ist seine Sorge, daß der an Ostpolitik wenig interessierte Kanzler Helmut Schmidt und sein AA-Chef Hans-Dietrich Genscher das außenpolitische Werk der ersten sozialliberalen Koalition verspielen könnten.

Genscher besitze, so heißt es im Brandt-Lager, kein Gefühl für Ostpolitik. Der einstige Advokat sei vor allem in den Konflikten um Berlin den allein in juristischen Kategorien denkenden AA-Diplomaten aufgesessen. Häufig zitierte Brandt in letzter Zeit einen Satz, den ihm Konrad Adenauer einmal gesagt hatte: „Es gibt nichts, was durch Beamte nicht wieder kaputtgemacht werden kann.“

Dies aber will der Ex-Kanzler verhindern. Nachdem er sich vom Guillaume-Schock erholt hatte, legte er sich ein Konzept zurecht, wie er zukünftig auch ohne Regierungsamt die deutsche Außenpolitik weiter in seinem Sinne beeinflussen könne: Gestützt auf sein hohes internationales Prestige, aber frei von den Zwängen eines Staatsamts will er im Ost-West-Dialog wie im Nord-Süd-Konflikt „an den bestehenden Strukturen vorbei Dinge anstoßen und fortbewegen“ (ein Brandt-Berater). Weil die Staatsapparate nach Brandts Einsicht zusehends unbeweglicher werden, weil zukunftsfrüchtige Initiativen und Ideen in den Mammut-Bürokratien erstickt werden, müßten Politiker aktiv werden, die sich über die Widerstände der Beamtenheere hinwegsetzen.

Keiner scheint Willy Brandt für diese Aufgabe geeigneter als Willy Brandt. Gern streicht er intern heraus, daß die SPD die größte sozialdemokratische Partei der Welt ist, und er betont: „Ich bin Vorsitzender dieser Partei; ich kann nicht hier sitzen und Däumchen drehen.“ Er versteht sich als Vormann der europäischen Sozialdemokratie, als Politiker, der auf einen sozialdemokratisch regierten Kontinent hinsteuert. Und daß dieser mächtigen SPD ein Mann ohne Kanzlerambitionen und Regierungsbelastung vorsitzt — dies erscheint dem Parteichef als eine historische Chance.

Daß andererseits so hochgesteckte Ziele, daß eine so hohe politische Selbsteinschätzung zu Konflikten mit jenen Männern führen müssen, die qua Amt für die Außenpolitik der Bundesrepublik verantwortlich sind, scheint

Was die „Iswestija“ wegließ

Nicht veröffentlichte Passagen der Brandt-Rede

Während seines Besuchs in der Sowjet-Union machte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einer Rede vor der „Gesellschaft UdSSR — Bundesrepublik Deutschland“ in Moskau „Gedanken über den Stand der Beziehungen zwischen Ihrem Land und dem meinem, über die Sache des europäischen Friedens und den Zustand unserer Welt“. Das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija“ hatte zugesagt, den vollen Wortlaut des Brandt-Vortrages abzudrucken, hielt sein Versprechen jedoch nicht ein. An den Passagen, die das Blatt wegließ, war abzulesen, welche Bonner Gedanken die Sowjet-Führer ihrem Volk lieber vorenthalten möchten. Nicht zur Kenntnis kamen den „Iswestija“-Lesern Brandt-Worte wie:

„Auch der Prozeß der Entspannung zwischen den beiden Hauptmächten ist zu einem Teil von der Politik der aktiven Friedenssicherung mitgeprägt, die wir in Europa zu fördern bemüht waren. Gewisse Enttäuschungen konnten nicht ausbleiben. Manche hochgespannte Erwartung hat sich nicht erfüllt. Wer Illusionen hatte, ist eines anderen belehrt worden. Doch lassen Sie mich hinzufügen: Wir stehen noch immer an einem Anfang.“

„Man darf darum nicht überascht sein, daß nicht täglich neue Erfolge aus Moskau oder Bonn berichtet werden konnten. Wenn es eine Geduldsprobe gibt — dann ist es der Frieden. Ungeduld drängt zu raschen Lösungen und allzuoft zu gewaltsamen.“

„Die Zahl der Reisen von Gruppen, Delegationen, auch einzelner Touristen, hat zugenommen. Trotzdem haben wir noch längst nicht alle Chancen genutzt, Bürger der beiden Staaten einander näher zu

führen. Ich denke hier nicht nur an Beratungen von Experten im wissenschaftlichen oder technischen Bereich, sondern vor allem auch an die Aufgabe, jungen Menschen den Weg zueinander zu öffnen. Es gibt kaum eine bessere Methode, Vertrauen zu schaffen.“

„Mit Texten allein ist den Menschen nicht geholfen.“

„Lassen Sie mich im übrigen gerade hier betonen, daß die Politik der Einigung, die eine Reihe von Staaten und Völkern Westeuropas schon eng zusammengeführt hat, zur denkbar stärksten Verankerung der Friedenspolitik diene — und weiter dienen wird. Die Europäische Gemeinschaft ist nicht nur ein wirtschaftlicher Zweckverband, sie ist ein Faktor des Friedens und der Sicherheit. Sie bedroht niemanden. Der Modellfall der deutsch-französischen Zusammenarbeit und Freundschaft hat deutlich gemacht, welche positiven Energien für die Stabilisierung des Friedens auf unserem Kontinent geweckt werden können.“

„Es gibt nicht nur eine Wahrheit. Diese Einsicht, die ich selbst mit einiger Mühsal habe lernen müssen, entspricht der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit unserer modernen Welt. Ihre Realität ist von der Pluralität der Meinungen, Ideale, Glaubenssätze und gesellschaftlichen Ordnungen bestimmt: Im Haus des Friedens müssen viele Wohnungen sein.“

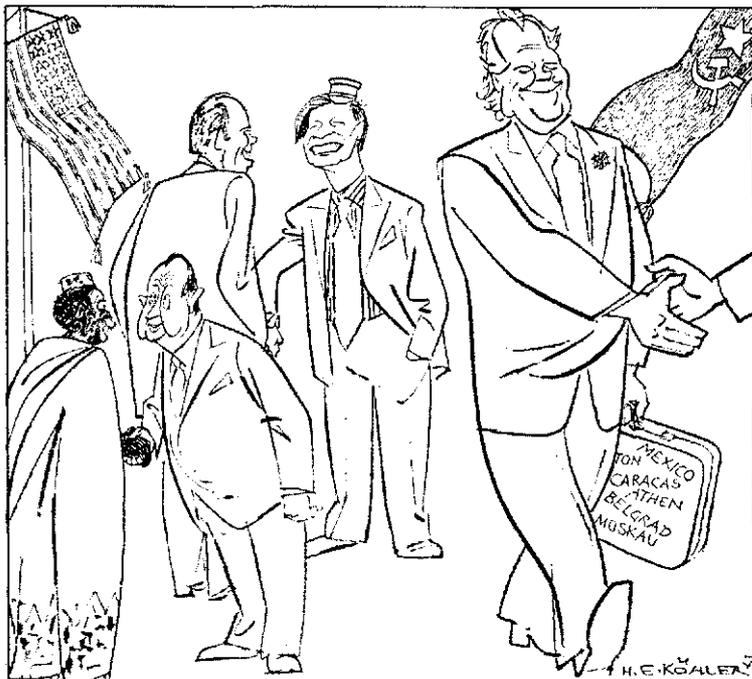
„Wir können uns dem gemeinsamen Schicksal nicht entziehen, das durch die Gegensätze von arm und reich und durch den aufbrechenden Konflikt zwischen Nord und Süd bestimmt ist. Wir sitzen in der Tat, was dies angeht, in einem Boot. Unsere Staaten sind weithin mit gleichen Verantwortlichkeiten konfrontiert.“

dem Ex-Kanzler weniger bewußt. Ein Staatsapparat, der sich widerstandslos von einem Parteivorsitzenden ohne Regierungsfunktion die politischen Leitlinien vorzeichnen läßt, ist auch in Bonn nicht vorstellbar.

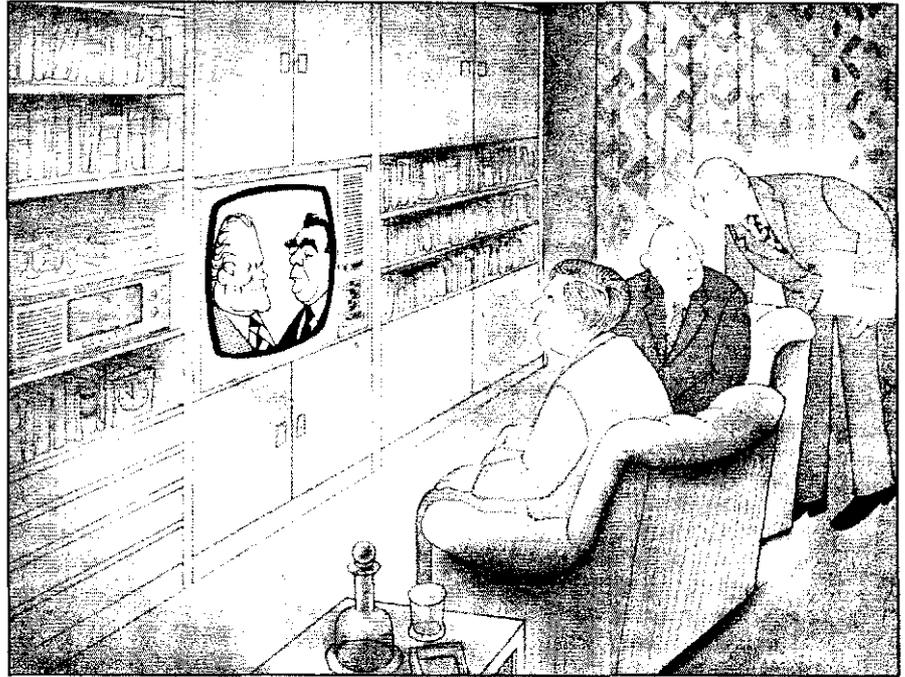
Gewiß: Brandt stimmte sich vor seinen Auslandsreisen stets mit Kanzler Schmidt oder Außenminister Genscher ab. Auf seiner Rußland-Reise schickte er täglich ein Telegramm ans Auswärtige Amt, und vorigen Donnerstag, nach der Rückkehr aus Moskau, traf er sich gleich mit dem Regierungschef und dem AA-Vorsteher. Doch die Begeisterung zumindest Genschers hielt sich in Grenzen. Ihn ärgerte, daß Brandts Breschnew-Tour Schlagzeilen machte, während er, zur selben Zeit auf Besuchsreise in drittrangigen Afrika-Staaten, mit Protokollmeldungen vorliebnehmen mußte.

Schon nörgeln denn auch Genscher-Gehilfen, Brandt habe es in Moskau versäumt, eine feste Haltung einzunehmen, und statt dessen Zweideutigkeiten verbreitet. Sie kritisieren, der SPD-Chef habe wegen der deutsch-sowjetischen Verhandlungen über Abkommen, die seit Jahren wegen Unstimmigkeiten in der Berlin-Frage festgefahren sind, unrealistische Erwartungen geweckt.

Wie berechtigt oder unberechtigt die Einwände der AA-Profis auch sein mögen, welche Krähe die außenpolitische Ein-Mann-Show Brandts in der sozial-liberalen Koalition auch noch stiften mag — gewiß ist, daß die Partei-Diplomatie des SPD-Vorsitzenden über Abkommen, die seit Jahren wegen Unstimmigkeiten in der Berlin-Frage festgefahren sind, unrealistische Erwartungen geweckt — und dies nicht nur in Richtung Osten.



Glücklich das Land, das sich drei Außenminister gleichzeitig leisten kann



Aus dem STERN

„Darf ich daran erinnern, daß Sie in fünf Minuten eine Besprechung mit dem Botschafter des Fürstentums Liechtenstein haben, Herr Außenminister?“

Eine Bonner Mittelmeer-Politik beispielsweise hatte es bis zu Brandts Südreise nicht gegeben. Kaum aber war er dort, sollen plötzlich die Deutschen in diesem heißen Winkel der Welt vermitteln.

Auch in Lateinamerika blieben die Chancen für eine — von Washington gebilligte — Alternative zu den Yankees durch die dort so populäre Industriemacht Westdeutschland fast ungenutzt, bis Brandt kam. Auf allen Stationen seines Reiseprogramms 1975

wurde der gescheiterte Kanzler empfangen, als ob er der Generalsekretär einer heimlichen Allianz aller Friedenswilligen und Vernünftigen wäre.

Gleich der erste Auftritt in der neuen Rolle war ein Triumph: Beim Berliner Gipfeltreffen der Sozialistischen Internationale feierten ihn die sozialdemokratischen Genossen aus 18 Ländern wie einen Führer der europäischen Sozialdemokratie. Die versammelten Reformsozialisten mit den Regierungschefs Olof Palme aus Schweden, Bruno Kreisky aus Österreich an der Spitze standen von ihren Plätzen auf und umjubelten den Deutschen. Minutenlang mußte der Gefeierte Hände schütteln. Auf der zweitägigen Sozialisten-Sitzung war er die Autorität im Plenarsaal und gesuchter Berater für politische Nöte von Irland bis Israel.

Als Brandt im Oktober 1974 mit guten Ratschlägen in Portugal aktiv wurde, nahmen ihn gleich zwei sozialdemokratische Parteien — die Sozialisten unter Mário Soares und die Sozialliberalen des Emidio Guerreiro — für sich in Anspruch.

In Mexiko und Venezuela — wo ihm Sonderflugzeuge gestellt wurden — hatte er allerorts Mühe klarzumachen, „daß ich nicht die Regierung bin“. Ein deutscher Diplomat in Venezuela: „Hier gilt er als größter Staatsmann der Gegenwart.“

Venezuela hatte der nach außen stets loyale Brandt erst besucht, nachdem Egon Bahr eine Entscheidung des Bundeskanzlers eingeholt hatte, wonach die Bundesregierung die Reise ausdrücklich billigte. Begleitet von zwei Experten aus Bahrs Entwicklungshilfe-Ministerium, verhandelte Brandt über eine

FAZ

Dreiecks-Kooperation: Die Bundesregierung vermittelt einem südamerikanischen Entwicklungsland Know-how, das Ölland Venezuela übernimmt die Finanzierung. Brandt: „So reist man hier ohne Provision durch die Gegend.“

Im Juni flog der Reisende in Welt- und Bonn-Politik, Partei-Solidarität und demokratischer Aufrüstung auf Einladung der griechischen Regierung, die sich für SPD-Karitas an Freiheitskämpfern während der Diktatur bedanken wollte, mit einer Linienmaschine nach Athen. Brandt und sieben Begleiter wurden auf einem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Teil des Flughafens in eine Kolonne von schwarzen Regierungslimosinen umgeladen. Im Hotel Grande-Bretagne überreichte ein eigens aus dem 300 Kilometer entfernten Mazedonien herbeigeschaffter Bauer Brandt eine Flasche Wein.

Regierungschef Karamanlis begnügte sich nicht mit dem einen vereinbarten Treffen, sondern kam ein zweites Mal ins Hotel, lud den Deutschen zur Eröffnungsfeier der Athener Festspiele, schleppte ihn auf die Eröffnungs-Party und begleitete ihn nach Mitternacht ins Hotel. Athener Sozialisten offerierten Brandt allen Ernstes für den Fall, daß es einmal zu direkten Wahlen für ein Europa-Parlament käme und Griechenland dann in der EG sei, einen Athener Wahlkreis.

Der Umworbene verteilte an Politiker aller griechischen Parteien gute Ratschläge und leitete unter der Hand auch noch Vermittlungen zwischen Griechen und Türken in der Zypern-Frage ein: Eine Woche später reiste ein alter Brandt-Gefährte aus Berliner Kalten-Kriegs-Zeiten, Kurt Mattick, insgeheim zu dem türkischen Sozialdemokraten Bülent Ecevit und kehrte mit einer Ecevit-Einladung an Brandt zurück. Der SPD-Chef motiviert seinen Eifer: „Durch die EG sind wir ja — was nur wenige wissen — ein indirekter Mittelmeer-Anrainer geworden.“

So ging es denn gleich weiter von Athen zum Adria-Staat Jugoslawien. Im weltpolitischen Exkurs Brandt/Tito erblühte Einigkeit über das Portugal-Problem: Dort sei die Mißwirtschaft ein großer Unsicherheitsfaktor, eine kommunistische Machtübernahme könne das ganze Ost-West-Gefüge ins Wanken bringen, und ein Übergreifen des portugiesischen Beispiels auf Spanien berge noch größere Risiken.

Tito wollte die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie gern institutionalisieren — wie später Breschnew. Doch hier schon paßte Brandt ebenso wie bei dem drängenden Vorschlag der Sowjets, von Belgrad aus gleich nach Moskau weiterzuzugreifen: Er brauche eine Woche der Besinnung daheim.

Der SPD-Vorsitzende genießt offenkundig seine Rolle als umworbener Weltdiplomat und seine ungebrochene Popularität. Draußen ist es, als wäre er

immer noch Kanzler. Amerikanische Touristen, die ihm auf seinen Reisen begegnen, erkennen ihn sofort, und gern hört er Rufe von Neckermann-Touristen: „Nach Rußland muß man reisen, um Willy zu sehen.“

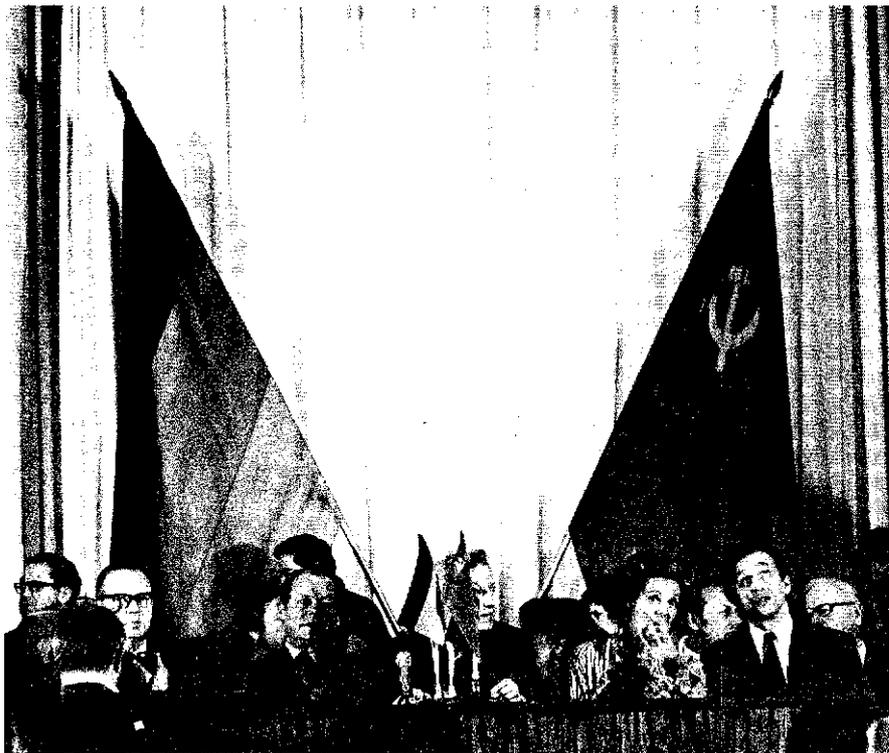
Er genießt den Aufwand, den fremde Regierungen um den Privatmann treiben, allen voran die Sowjets: ein Salonflugzeug der Sowjet-Regierung für den „hohen Gast“ (so die sowjetische Presse), ein zusätzliches Sonderflugzeug für die begleitenden Journalisten. Willy Brandts Wunsch nach einer Eisenbahnfahrt von Moskau bis Leningrad wurde mit einem Salonwagen voller Plüsch erfüllt.

Der Gast, aus vergangenen Zeiten an protokollarischen Respekt und diplo-

matische Bequemlichkeiten gewöhnt, schätzt solche Aufmerksamkeiten: „Ich werde ja nun auch schon ein bißchen alt, ich kann ja nicht mehr wie ein Wandervogel durch die Lande reisen.“

Einmal freilich ging die russische Gastfreundschaft auch Brandt zu weit: Bei Ankunft auf dem Flughafen Scheremetjewo nahm ihn eine Karosse vom Typ Sil auf, die eine Bundesflagge mit dem Bundesadler führte. Am nächsten Tag mußte der Ständer ausgewechselt werden: Der neue zeigte nur noch Schwarzrotgold, ohne den Regierungsmitgliedern vorbehaltenen Vogel.

Für Brandt erfanden die Russen einen neuen Titel, der den Gast ein bißchen in den Rang von Mao Tse-tung erhebt: Sie nennen ihn den „Herrn



Im Moskauer „Haus der Freundschaft“



Im Obersten Sowjet



Vor dem Ehrenmal in Leningrad



Im Basar in Samarkand

Brandt in der Sowjet-Union: „Bei den Werktätigen sehr populär“

Vorsitzenden“. Vergessen schienen die historischen Belastungen des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten: die Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Anfang des Jahrhunderts durch Lenin, der nach der Machtergreifung seiner Bolschewiki 1917 die sozialdemokratischen Menschewiki unterdrücken, verhaften, erschießen ließ — wie es alle siegreichen kommunistischen Parteien seither taten; der Widerstand deutscher Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung mit den Kommunisten in der Ostzone; die harschen Worte des Frontstadt-Bürgermeisters Brandt gegen den Sowjet-Imperialismus.

Aber auch Willy Brandt trägt den Kommunisten die eigenen bösen Erfahrungen mit Lenins Erben nicht nach — und auch nicht Moskaus Schimpfkampanen gegen den Sympathisanten des Prager Frühlings von 1968. Er sieht in den kommunistischen Parteien der Gegenwart taugliche Partner für zwischenstaatliche Ko-Existenz, und er meint auch selbst in der KPdSU Kräfte zu entdecken, die fast schon Sozialdemokraten sind.

Bei seinen Gesprächen mit Breschnew trug Brandt wie bei allen seinen Reisen dieses Jahres einen Zettel in der Tasche, auf dem er unter dem gedruckten Kopf „W. B.“ handschriftlich drei Rubriken angelegt hat: je eine mit den

Staaten Europas, in denen die Sozialdemokraten die Regierung stellen, jenen, in denen sie in einer Koalition stehen, und jenen, in denen sie wenigstens über starken Einfluß verfügen. Brandt: „Damit alle wissen, wo sie dran sind.“

Die Argumentationshilfe brauchte er beim Gespräch mit Breschnew nicht hervorzuziehen: Der sowjetische KP-Chef kennt — anders als seine partei-internen Widersacher — den Sachzwang zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Ein Breschnew-Berater zum Brandt-Trupp in Moskau: „Ohne euch können wir in Westeuropa zu nichts kommen.“

Allzugern möchten die Sowjets deshalb zur einflußreichen SPD engeren Kontakt finden. Und bei diesen Versuchen umwerben sie nicht nur Spitzen-Sozis. Einem Brandt-Mitarbeiter etwa offerierten sie während der Rußland-Tournee eine kostenlose Einzelreise durch das Sowjetreich — „mit Ihrer Frau, solange sie wollen, wohin sie wollen“.

Zeitlich fein abgestimmt hatte ausgerechnet einen Tag, nachdem Brandt fünf Stunden mit Breschnew zusammensaß, der Politbüro-Kandidat Boris Ponomarew — zuständig für alle nichtregierenden kommunistischen Parteien — die „fruchtbaren Kontakte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“ gewürdigt.

Gerade den Eindruck aber, daß er von Moskau in ein europäisches Volksfrontbündnis hineingezogen werde, hatte Brandt vom Beginn seiner Visite im Sowjet-Reich an strikt vermeiden wollen. Denn fünf Jahre nach Abschluß der Ostverträge, drei Jahre nachdem er — nicht zuletzt dank seiner Ostpolitik — den größten SPD-Wahlsieg der Geschichte errang, erscheint es Willy Brandt innenpolitisch noch immer gefährlich, auch nur den Anschein eines Paktierens zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu erwecken.

Dennoch, fast unvermeidlich, spielte die Opposition am Rhein das Volksfront-Thema zum vermeintlichen Sommerschlagler hoch. Als Brandt nach seiner Rundreise wieder in Moskau landete, fand er ein Telegramm des SPD-Sprechers Uwe-Karsten Heye aus Bonn vor, in dem dieser empfahl, die SPD auf der für den folgenden Tag anberaumten Pressekonferenz nochmals deutlich von der KPdSU abzugrenzen. Prompt hob der SPD-Chef einmal mehr die „nicht vergleichbaren Verantwortlichkeiten“ und die „nicht zu vereinbarenden grundsätzlichen Positionen“ zwischen sowjetischen Kommunisten und westdeutschen Sozialdemokraten hervor.

Mit Rücksicht auf die Kommunistenfurcht der Westdeutschen hatte Brandt am letzten Tag seines Besuchs auch darauf verzichtet, mit einem weiteren ranghohen Sowjetmenschen zu

reden: mit dem als Chefideologen geltenden Entspannungsgegner, dem Politbüro-Mitglied Michail Suslow, der sein Gesprächsinteresse schon vor der Brandt-Reise angemeldet hatte.

Sogar eine wohl eher als großzügiges Geschenk gedachte Offerte seiner Gastgeber schlug Brandt aus. Der Sozialdemokrat hatte für den Rückflug nach Bonn, wie schon für den Hinflug, Plätze in einer Linienmaschine gebucht — in den Augen der Sowjet-Führer, die stets in Regierungsflugzeugen reisen, ein völlig unwürdiges Transportmittel. So boten sie Brandt an, samt Begleitung mit einer Sondermaschine nach Köln/Bonn zu fliegen. Doch der Deutsche lehnte ab aus Sorge, der VIP-Transport könnte daheim neue Verächtigungen auslösen.

Die Russen freilich blieben hartnäckig. Erst behaupteten sie, die Linienmaschine sei ausgebucht — obwohl alle Brandt-Begleiter seit Wochen Plätze reserviert hatten. Dann war die Maschine, weil sie angeblich aus Tokio kam, um Stunden verspätet. So akzeptierte Brandt schließlich doch die Sondermaschine — freilich nicht nach Bonn, sondern nach Frankfurt, dem Zielort des Linienflugs. Dort landete sie offiziell als Entlastungsflug der Linienmaschine SU 256 unter der Flugnummer „SU 256 a“.

Zwar gab sich Brandt während des Rückflugs als ein Mann, der nach den Erfahrungen, die er einst in Berlin in den bösen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten gesammelt hat, den Kontakt zu Kommunisten nicht zu scheuen braucht. Doch sogleich auch wurde dem Heimkehrer klar, daß sein Makeln ohne eindeutigen Auftrag erhebliche Geschäftsrisiken birgt. Nur notdürftig tarnen die Bonner Regenten ihren Unmut über die Auftritte des Ex-Kanzlers und zeigen sich besorgt, daß seine letztlich unverbindlichen Gespräche Erwartungen wecken, die dem Härtesten der konkreten Verhandlungen nicht standhalten.

Daß Brandts Solo-Diplomatie tatsächlich kaum mehr als Goodwill und neue Impulse bewirken kann, zeigte sich schon einen Tag nach seiner Rückkehr: Vorigen Donnerstag schieden Portugals Sozialdemokraten aus der Regierung in Lissabon aus, weil Kommunisten ihre Zeitung, die „República“, übernahmen.

Und auch der Berlin-Optimismus des Vorsitzenden („Ich sehe eine Chance, daß man aus diesen Streitigkeiten herauskommt“) erwies sich womöglich als verfrüht. Zwei Tage nach Brandts Abreise aus Moskau druckte das Parteiorgan „Prawda“ einen Kommentar, in dem der Berlin-Besuch des israelischen Premierministers Jizchak Rabin als eine „offenkundige Verletzung des vierseitigen Abkommens über West-Berlin“ attackiert wurde.

KOALITION

Spaß vorbei

Es kriselt im Bonner Regierungsbündnis. Freidemokraten im Kabinett, allen voran Innenminister Werner Maihofer, kritisieren Herrschsucht und Sparwut des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt.

Lange waren sich die Liberalen nicht mehr so einig: Sie sind der Koalition mit den Sozialdemokraten überdrüssig.

Bauernminister Josef Ertl, der von Anbeginn nur halbherzig mitmachte, artikulierte seinen Unmut vorsichtig: „Die Euphorie ist vorbei; es zeigen sich Abnutzungserscheinungen.“ Innenminister Werner Maihofer, bislang mit ganzem Herzen dabei, tut seine Enttäuschung drastisch kund: „Wenn das so weitergeht, wird die Fortsetzung der

Ziel der liberalen Opponenten ist, den Wählern möglichst bald und möglichst drastisch ihre Eigenständigkeit durch Konfrontation mit dem größeren Koalitionspartner zu belegen. Durch die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die jüngsten Meinungsumfragen des Bundespresseamtes — zwölf Prozent für die FDP — bestärkt, wollen sie den Sozialdemokraten in den kommenden Monaten einen permanenten Schaukampf liefern und ihnen publikumswirksam Niederlagen beibringen — „nach dem Modell von Siegern und Besiegten“ (Verheugen).

Hochgeschaukelt hat sich die Bonner Sommerkrise an der rigorosen Sparpolitik von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Auf Geheiß des Regierungschefs mußten die Deutschen in Brüssel ihren EG-Partnern selbst Bagatellbeiträge verweigern; SPD-Forschungsminister Hans Matthöfer blockte zunächst die Finanzierungsbeiträge für das euro-



Koalitionspartner Genscher, Schmidt: Abnutzungserscheinungen im Bündnis

Koalition fraglich, obwohl die sachlichen Gemeinsamkeiten noch für eine weitere Legislaturperiode reichen.“

Querelen mit der SPD haben die Freidemokraten in den letzten Monaten mehr genervt, als sie bislang nach außen zugeben möchten. FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, bislang bemüht, eine Diskussion über die Fortsetzung der Koalition mit den Sozialdemokraten gar nicht erst aufkommen zu lassen, hat inzwischen erkannt, daß er der Debatte über die künftige Bündnispolitik der FDP nicht mehr viel länger wird ausweichen können. Der Parteivorsitzende rechnet damit, daß ihn viele Freidemokraten rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl fragen werden, warum er mit der SPD weitermachen will und nicht mit den Christdemokraten. „1976 wird die Koalitionsbildung schwieriger“, prophezeit Genschers Intimus Günter Verheugen, „die Partner haben keinen Spaß mehr miteinander.“

päische Forschungsprogramm ab, FDP-Landwirtschaftsminister Josef Ertl mußte Beihilfen für Italiens Citrusbauern zurückhalten.

Wegen dieser Art von „kleinkariertem und borniertem Etatismus“ (Maihofer) geriet der Sparkanzler nicht nur mit Ertl, sondern auch mit Außenminister Genscher aneinander. Die Liberalen werfen Schmidt vor, die Europa-Politik drohe „an Glaubwürdigkeit zu verlieren“ (Genscher). Aufgebracht präsentierte der Landwirtschaftsminister dem Kanzler vergangene Woche als Beleg für gefährliche antideutsche Emotionen einen Ausschnitt aus einer holländischen Zeitung, in der Josef Ertl unter Anspielung auf seine Soldatenzeit als „Altbomberpilot“ bezeichnet wurde.

Im Kabinett versuchte Europa-Profi Ertl klarzumachen, daß der durch deutsche Knickrigkeit verursachte europäische Flurschaden mit Kamingeplauder zwischen dem Bonner Kanzler und Frankreichs Staatspräsidenten Gis-